

Vorschläge im „Dialog über Deutschland“

von Dr. Gerd Eisenbeiß

1. Generationengerechtigkeit durch praktikable, liquiditätsschonende Erbschaftssteuer

- am 26.02.2012 um 15:31 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Deutlich höhere Erbschaftssteuern sind ein zentrales Element, die Vermögensdivergenz zwischen Arm und Reich zu korrigieren; da die Gesellschaft Anteil am Entstehen von Vermögen hat, muss sie auch stärker erbberechtigt werden. Die Erbschaftssteuer ist dabei der Vermögenssteuer überlegen, da sie weit weniger Verwaltungsaufwand erfordert, etwa eine jährliche Vermögensbewertung.

Erbschaftssteuern sind ein Element der Generationengerechtigkeit, weil sie Ausgleich schafft zwischen denen, die immer größere leistungslos erworbene Vermögen anhäufen und denen, die ausschließlich die Schuldenberge anteilig zu bewältigen haben; geringe Erbschaftssteuern widersprechen demgegenüber dem Leistungsprinzip, nach dem Wohlstand durch Leistung und nicht durch Todesfälle von Verwandten zu erwerben ist.

Ein Hemmnis der Erbschaftssteuern ist das mögliche Liquiditätsproblem von Vermögen, das in Unternehmen gebunden ist. Mein Vorschlag: eine zu schaffende Treuhandeinrichtung übernimmt als stiller Teilhaber jene gewinnbeteiligten Anteile, die im Erbfall nicht unmittelbar entrichtet werden können. Die Erben haben ein Vorkaufrecht auf Wiedererwerb der Treuhand-Anteile. Die Treuhand hat die Anteile nach zehn Jahren am Markt zu veräußern.

Dieser Vorschlag macht das moralisch gebotene Miterben der Gesellschaft praktikabel, ohne eine übermächtige Staatsholding zu schaffen.

2. Klimaschutz einfach machen

- am 26.02.2012 um 17:33 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Die derzeitige Klimaschutzpolitik verursacht durch tausend Einzelmaßnahmen hohe Transaktionskosten. Einfacher und volkswirtschaftlich weit billiger wäre es, jeden Kohlenstoffeinsatz einem cap&trade-System nach dem Vorbild des EU-Emissionshandelssystems zu unterwerfen, das leider nur für Großemittenten etabliert ist.

Konkret heißt das, jeden Einsatz C-haltiger Energieträger, ob in Kraftwerken, Autos oder Heizungen nach seinem C-Gehalt zu bewerten, denn jedes verbrannte C-Atom gibt genau ein CO₂-Molekül.

Zur Einführung dieses Vorschlags gibt es einen einfachen, sozialverträglichen Weg: man senkt bestehende Steuern auf Kraftstoffe und Heizenergien um genau so viel wie dem aktuellen Börsenpreis des CO₂ entspricht. Die Lizenzierung des C-Einsatzes erfolgt durch regelmäßige Versteigerung der C-Einsatzrechte; die Lizenzkosten entstehen ausschließlich bei Import des Energieträgers oder ggf bei den in-

ländischen Fördergesellschaften, was das System für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft denkbar einfach macht; damit ist der Klimaschutz für alle einheitlich eingepreist und Fehlsteuerungen zugunsten überteurer Vermeidungsmaßnahmen werden vermieden, weil grundsätzlich für alle C-Verbrauchssektoren dieselben Grenzkosten von CO₂-Emissionen gelten – ein Anreiz für die rentabelsten CO₂-Vermeidungsstrategien unter Einschluss der erneuerbaren Energien jenseits der Markteinführungssubventionen.
Das System garantiert die absolute Zielerreichung, weil der Gesamt-C-Einsatz absolut limitiert ist.

3. Parteispenden von Unternehmen

- am 26.02.2012 um 18:04 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Parteispenden von Firmen sind als Korruption zu werten und gesetzlich zu verbieten. Da Unternehmen keine Staatsbürger sind und an Wahlen nicht teilnehmen dürfen, dürfen sie auch keinen Einfluss auf Wahlen nehmen; das gilt auch für Gewerkschaften und andere nur „juristische Personen“. Leider ist Finanzkraft in der Mediengesellschaft zunehmend wahlentscheidend – überdeutlich in den USA. Die deutsche Demokratie muss die Notbremse ziehen!

Man muss doch fragen, wie ein Unternehmen, bzw. sein Vorstand darüber entscheidet, welche Partei wie viel erhält. Das Unternehmen kann als solches keine parteipolitische Meinung haben – das muss seinen wahlberechtigten Mitarbeitern, Eigentümern bzw. Aktionären überlassen bleiben. Da ein Vorstand Gelder des Unternehmens nur im Unternehmensinteresse verwenden darf, muss der Zweck jeder Spende eine Einflussnahme auf politische Entscheidungen zum Vorteil des Unternehmens sein – also Korruption. Anders wäre es nur, wenn ein Unternehmen alle Parteien gleichmäßig bedenken würde, um einer staatsbürgerlichen Pflicht zur Förderung der Demokratie insgesamt nachzukommen.

Selbstverständlich betrifft das nicht das Recht von Unternehmern, Aufsichtsräten, Aktionären oder Gesellschaftern als Person zu spenden, an wen sie mögen, aber doch bitte aus ihrem privaten Einkommen, ggf. Dividenden!

4. Keine EU-Erweiterung bis zum Irak

- am 26.02.2012 um 18:43 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Für die deutsche Europapolitik muss die innere demokratische Ordnung und Integration absolut im Vordergrund stehen gegenüber jeder Erweiterung. Insbesondere darf nicht akzeptiert werden, dass wir, die EU, gemeinsame Grenzen mit dem Irak, mit Iran und Syrien bekommen. Die Dummheit, Griechenland z.B. trotz Zyperns Spaltung aufgenommen zu haben, darf sich nicht mit kurdischen oder albanischen Problemen wiederholen.

Auch darf mit Serbien oder der Türkei der Fehler nach der griechische Obristenherrschaft wiederholt werden, die EU-Mitgliedschaft als Belohnung für demokratische Bemühungen auszuloben. Nein, diese Völker müssen aus Eigeninteresse jene Reformen durchführen, nach deren Vollendung (!) eine Aufnahme in die besser integrierte EU stehen könnte. Und es darf nie wieder eine EU-Aufnahme von Staaten geben, die in Bezug auf die Gräueltaten ihrer Geschichte nicht in großer Mehrheit um Objektivität bemüht sind; Staaten und Völker gehören nicht zur Wertegemeinschaft unserer EU, die sich zulasten verfolgter, teils ermordeter Minderheiten mehrheitlich nur als Helden oder Opfer verstehen und die „Geschichtspolitik“ in Medien und Bildungswesen betreiben, indem sie historisch-wissenschaftliche Auseinandersetzungen durch Gesetze und Parlamentsbeschlüsse ersetzen. Leider haben wir solche Kandidaten schon unter uns.

Wir sollten aber allen Völkern am Rande der EU Freunde und Helfer sein und eng zusammenarbeiten: kulturell, wirtschaftlich, politisch, ggf. auch militärisch!

5. Eine Doktrin für militärische Auslandseinsätze

- am 26.02.2012 um 22:10 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Die Doktrin sollte sein: keine deutschen Soldaten oder andere militärische Interventionen in dominant moslemischen Ländern!

Die Bundesregierung hat in verschiedenen parteipolitischen Konstellationen zwei kluge Entscheidungen getroffen, nämlich nicht in den Irak und in Libyen militärisch zu intervenieren.

Alle Einsätze westlicher Staaten in solchen Ländern wie Afghanistan, Irak, Somalia, Libyen, selbst Libanon mit seiner christlichen Minderheit sind ein klares Lehrstück, dass man zwar Machtapparate stürzen, installieren und in gewissem Umfang schützen kann, dass diese Hilfen selbst bei sehr hohen Hilfszahlungen und Aufbauleistungen keinen Dank erfahren, sondern eher grundsätzliche Ablehnung bis hin zu Hass. Zwar dürfte dieser Hass von interessierter Seite immer wieder bewusst geschürt sein, aber er ist nicht zuletzt deshalb eine Tatsache – und nicht einmal vermeidbar, wenn keine Abu Ghraibs oder Koranschändungen passieren. Es ist vor allem schade um jeden gefallenen Soldaten der Hilfs- und Interventionskräfte, um die nicht-militärischen Opfer unter den zivilen Helfern, ganz zu schweigen, dass bei jeder Unruhe mehr Moslems zu Tode kommen als Ausländer – und über die Verletzten und Verstümmelten dieser Hasskampagnen wird schon gar nicht mehr berichtet! Insofern bleiben humanitäre Ziele in der Regel unerreichbar. Und die großen Gefahren aus den Atomarsenalen des chaotischen Pakistans oder des Atomwärters Iran bleiben ohnehin außer Reichweite.

6. Drogenpolitik: Prohibition tötet

- am 27.02.2012 um 11:27 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Die Beendigung der Prohibition ist dringend, da der Kampf gegen die Drogenkartelle nicht zu gewinnen ist. Cannabis ist wie Alkohol und Tabak frei zu geben; schwere Drogen sind über Apotheken zu vertreiben. Eine Meldepflicht gegenüber den Gesundheitsämtern kann eine ärztliche Betreuung der Abhängigen ermöglichen. Der illegale Markt und die Riesenprofite der Drogendealer werden zusammenbre-

chen, viel Drogenkriminalität fällt weg.

Die Freigabe zerstört ein „Geschäftsmodell“, in dem die Drogenabhängigen in den Industrieländern Kriminalität sowie den internationalen Terrorismus finanzieren.

Das ist moralisch nicht länger vertretbar, weil es westlich nationaler Egoismus ist, unsere Bevölkerung vor Drogen schützen zu wollen (erfolglos!), indem wir Mord, Totschlag und Unterdrückung nicht nur anderswo finanzieren. Zig tausend Tote z.B. in Mexico, Kolumbien, Afghanistan sind unserer Unfähigkeit zuzurechnen, Drogenkonsum unserer Mitbürger zu verhindern. Warum ist es z.B. in Afghanistan profitabler, Mohn statt Nahrungsmittel anzubauen? Weil der Mohnbauer trotz der gewaltigen Profite des Zwischenhandels von unseren Junkies immer noch mehr bekommt als von seinen armen Landsleuten für Nahrung.

Die Drogenpolitik ist als Schutzpolitik ebenso vollständig gescheitert wie die amerikanische Prohibition von Alkohol vor 80 Jahren; heute fördern wir ein ähnliches System aus falscher, weil egoistischer Humanität und Verdrängung unseres Scheiterns in gut gemeintem Wollen.

7. Im Rückwärtsgang zur Nachhaltigkeit

- am 27.02.2012 um 16:37 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Nachhaltig soll unser Leben werden, das ist das erklärte Ziel. Es wird – auch von der Bundesregierung – noch immer falsch erklärt. Das muss sich ändern.

Nachhaltig leben wir erst, wenn wir der Natur nur entnehmen, was wir zurück, bzw. an die nächsten Generationen weitergeben. Dabei können Technologien an die Stelle von Rohstoffen treten wie z.B. Funk statt Kupfer, Wind statt Kohle. Der entscheidende Punkt aber wird unterschlagen: alle technologischen Substitutions- und Effizienzprozesse (SEP), so wichtig sie sind, werden nicht ausreichen, eine nachhaltige Lebensführung in Europa und der anderswo wachsenden Menschheit zu realisieren. Insbesondere der technologische Fortschritt, geboren aus der Neugier des Menschen und der Wissenschaft, zwingt über die steigende Arbeitsproduktivität zu so viel Wachstum der Produktion, dass die SEP das Rennen verlieren.

Zwingt? Ja, solange die Arbeitszeit konstant bleibt! Deshalb kann zunächst in den reicheren Ländern wie Deutschland nur eine stetige Arbeitszeitverkürzung bei natürlich entsprechend sinkender Produktion und Einkommen zu wirklicher Nachhaltigkeit führen.

Deutschland also muss wie auch die anderen „Reichen“ trotz voller Ausschöpfung der SEP weniger produzieren und verbrauchen. Stattdessen müssen wir Werbung für Konsum unterbinden und eine Freizeitkultur ohne großen Ressourcenbedarf fördern: miteinander reden, spielen, musizieren, fit bleiben ohne teure Geräte etc und wieder lernen, spazieren zu gehen ohne Plastikstöcke.

8. Öffentliche Versorgungs- und Verkehrsinfrastrukturen (ohne PKW-Maut)

- am 01.03.2012 um 09:36 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Die Politik muss den Grundsatz verfolgen, dass die großen Versorgungsinfrastrukturen, d.h. die Versorgungsnetze für Strom, Gas und Wasser, sowie die Verkehrsinfrastrukturen wie Autobahnen, Bundesstraßen, Schienensystem der Bahn in öffentlicher Hand bleiben, bzw. in öffentliche Verantwortung rücktransferiert werden.

Deutschland und die EU haben in diesen der Daseinsvorsorge zuzurechnenden Bereichen Liberalisierung und Privatisierung übertrieben. Insbesondere die Energiewende wird mit dem Modell verschiedener Strom-Netzbetreiber unter der Aufsicht der Netzagentur weder zeitlich noch kostenmäßig optimal gelingen; verkompliziert wird auch die Europäisierung der Netze, die zu einem gemeinsamen Strom- und Gas-Markt führen muss.

Im Wasserversorgungsbereich zeigen weltweite Erfahrungen, dass langfristig tragfähige, nachhaltige Versorgungslösungen in privater Trägerschaft oder „public-private-partnership“ (ppp) nicht gelingen.

ppp hat auch im Verkehrswegebau nichts zu suchen, da sie entweder zu Mautsystemen zur Refinanzierung zwingt oder aber eine verschleierte Staatsverschuldung darstellt, wenn der Staat sich zu langfristigen Nutzungsentgelten verpflichtet.

Mautsysteme sind teuer und gefährden den Datenschutz; sie dürfen auch beim allmählichen Wegfall der Mineralölsteuer durch E-Fahrzeuge nicht die (Ersatz-)Lösung sein.

9. Nachjustierung des Föderalismus

- am 02.03.2012 um 09:01 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Mit der Europäisierung vieler Politikbereiche ist die Rolle der deutschen Länder mit dem Ziel neu zu justieren, eine Ebene aus den politischen Entscheidungsfindungen heraus zu nehmen. Dementsprechend sind der Bundesrat sowie das Vetorecht eines Landes gegen seine Fusion sind abzuschaffen.

Die Staatlichkeit der Länder sollte dadurch gestärkt werden, dass sie sich stärker auf bestimmte Aufgabengebiete konzentrieren. Dazu sollten sie die Zuständigkeiten für Bildung, Wissenschaft und Forschung an den Bund abtreten, sich aus der EU-Politik zurückziehen und beispielsweise über besseren Nahverkehr, Hotel- und Schwimmbadordnungen nachdenken. Auch die Pflege regionalen Brauchtums und regionaler Dialekte („alles außer Hochdeutsch“) muss zentrale Ländersache bleiben.

Die Länder würden auch dadurch gestärkt, dass sie nach gemeinsamer Volksabstimmung z.B. mit Zwerg-Ländern diesen Aufnahme als Landkreise (Saarkreis) oder Stadtkreise (Bremen) gewähren können; über die weitere Länder-Fusionen sollte das gesamte deutsche Volk entscheiden.

10. Berichtspflicht für Gentechnik-Folgen

- am 02.03.2012 um 15:24 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Die Menschen in Europa und insbesondere Deutschland haben große Befürchtungen hinsichtlich gentechnisch veränderter Pflanzen und Lebensmitteln. Andererseits finden kontinentale Großversuche statt, z.B. in Nord- und Südamerika sowie Indien. Über deren jährliche Scha-

denzbilanz (Krankheiten, Tote) auf Grund agrarischer Gentechnik ist der deutschen und europäischen Öffentlichkeit ein jährlicher Bericht vorzulegen, damit aus den befürchteten Opfern der dortigen Bevölkerung Lehren gezogen werden können.

Sollte, wie der Vorschlagende erwartet, keine Opfer an „Gen“-Toten und -Krankheiten zu vermelden sein, wäre so ein Bericht ja auch ganz wertvoll.

11. Nicht-Christen als große Mehrheit anerkennen

- am 04.03.2012 um 13:39 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Die Politik und die Politiker sollten die tatsächliche Glaubensstruktur unseres Landes z.K. nehmen. Insbesondere sind die Vertreter der deutschen Agnostiker und Atheisten bzw. religionsfreie Humanisten stärker an Beratungen und Entscheidungen zu beteiligen als Bischöfe und Imame.

Unsere Gesellschaft ist nur in Minderheiten christlich. Die ganz überwiegende Mehrheit der Deutschen ist agnostisch bis atheistisch, bis hinein in die Kirchenmitgliedschaft in Teilen „gottistisch“, d.h. man glaubt an etwas Göttliches, aber nicht an die Christologie, d.h. die erlösende Rolle eines Gottessohnes vor 2000 Jahren, seinen Opfertod und seine Wiederauferstehung. Selbst Geistliche bezweifeln ein Leben nach dem Tod, und viele Christen glauben zugleich an die Macht der Sterne, Horoskope oder Re-Inkarnation.

Gleichwohl ignoriert die Politik weithin diese nicht-christlichen Mehrheitsverhältnisse und spricht irreführend von „jüdisch-christlichen“ Werten, obwohl Freiheit, Rechtsstaat und Demokratie gegen die religiösen Organisationen erkämpft werden musste.

12. Mindestlohn-Gesetz

- am 04.03.2012 um 13:52 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Es ist ein gesetzlicher Mindestlohn einzuführen. Das kann so geschehen, dass zunächst die Tarifpartner gesetzlich verpflichtet sind, einen Mindestlohn zu vereinbaren; scheitern sie nach gesetzter Frist, so hat der Gesetzgeber den Mindestlohn festzulegen, der demnach auch nach Branchen und Regionen differenziert ausfallen darf.

Das ist zwar kein origineller Vorschlag, weil diese Forderung großer Parteien allen Politikern bestens bekannt ist. Es finden sich allerdings bisher im „Dialog“ nur Forderungen, die den Mindestlohn mit anderen Forderungen kombinieren, die ich nicht unterstützen möchte.

13. Israel vor sich selber schützen

- am 05.03.2012 um 14:23 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Deutschland hat eine besondere Verantwortung für Israel, dessen Sicherheit Israels Regierung in höchstem Maße durch Unterdrückung arabischer Bürger gefährdet, Kolonisierung besetzter Gebiete, Verarmung eigener Bevölkerungsteile durch Siedlungsbau und –schutz, Atomwaffen

und Zahlungen an nichts tuende Thoraleser.

Die Hilfe Deutschlands sollte darin bestehen, jede finanzwirksame Unterstützung Israels solange einzustellen, bis die israelische Regierung Friedenswillen faktisch beweist. Die Einstellung jeder Unterstützung ist auch deshalb geboten, weil diese der israelischen Regierung erst all jene Unsäglichkeiten erlaubt.

Wir schützen damit auch die USA und uns selbst gegen die hysterische Kriegstreiberei, in die wir von MP Netanjahu und seinen Freunden im republikanisch beherrschten US-Repräsentantenhaus hineingezogen werden sollen. Die Behauptung, Iran werde Israel atomar angreifen, ist so absurd, wie Israel klein ist; es würden mit Sicherheit mehr Opfer unter Arabern und Moslems geben, als unter jüdischen Bürgern Israels.

So schlimm die iranische Atompolitik auch ist, sie rechtfertigt nicht einen Krieg mit hunderten Tausenden von Toten, Verkrüppelten und Verletzten, zumal Israel nicht nur mit atomarer Entwicklung droht, sondern sich Atomwaffen längst heimlich verschafft hat! Und demokratischer verfasste arabische Gesellschaften werden sich nicht nochmal von Dollar-Milliarden aus USA zum Stillehalten bestechen lassen, wie zu Zeiten der Autokraten.

Rettet Israel!

14. Rechtsschutz gegen Lohndiskriminierung bei gleicher Arbeit

- am 06.03.2012 um 10:37 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Immer wieder wird über ungleiche Entlohnung bei gleicher Leistung berichtet. Insbesondere Frauen bekommen danach nicht die gleiche Bezahlung wie Männer.

Dieser nach OECD-Analysen besonders in Deutschland verbreiteten Ungerechtigkeit kann leicht abgeholfen werden: die Bundesregierung stellt – ggf. gemeinsam mit Gewerkschaften – einen Fonds zur Verfügung, aus dem das finanzielle Risiko von Klagen abgedeckt wird, damit solche Benachteiligungen von Gerichten korrigiert werden können.

Es ist zu erwarten, dass ein solcher Rechtsschutz zwar anfangs zu einer größeren Zahl von Klagen führen wird, bald aber werden Arbeitgeber ganz von selbst solche diskriminierende Praktiken unterlassen, um den Imageschaden öffentlicher Niederlagen vor Gericht zu vermeiden.

15. Kundenbindung verbieten

- am 06.03.2012 um 11:55 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Die Verbraucher sollte durch gesetzliches Verbot vor der kostentreibenden Belästigung mit Treuepunkten, Rabattmarken und anderen vergleichbaren Kundenbindungsmaßnahmen geschützt werden.

Diese Kundenbindungsprogramme dienen der Behinderung von Wettbewerb. Transparenter Wettbewerb läuft besser über die Preise, die bei Verzicht auf die Kundenbindungsprogramme entsprechend niedriger sein könnten.

Unsinnig sind auch die Aufwendungen für diese Programme, weil sie bei fast alle Handelsketten laufen, sich also gegenseitig neutralisieren – von dem beginnenden Internethandel mit

solchen Marken ganz abgesehen.

Eine gesetzliche Lösung ist erforderlich, weil die notwendige „Abrüstung“ bei allen Anbietern gleichzeitig erfolgen muss.

Es wäre ein einfaches Gesetz zur unmittelbaren Wohlstandsmehrung bei allen Verbrauchern.

16. Gesetz für solidarische Einkommensfindung

- am 18.03.2012 um 12:44 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Den unerträglich wachsenden Einkommensunterschieden soll gesetzlich wie folgt Einhalt geboten werden:

Es ist einmal im Jahr die durchschnittliche prozentuale Steigerung der Einkommen (z.B.) aller DAX-Vorstände amtlich zu erheben; diese Anhebung ist in den darauf folgenden Tarifverhandlungen als erstes Arbeitgeberangebot zu machen. Da die anschließenden Verhandlungen sicher über dies erste Angebot hinaus führen werden, schließt sich allmählich die Einkommensschere.

Das vorgeschlagene Gesetz wird automatisch zu äußerst moderaten Steigerungen der Vorstandsgehälter führen. Damit diszipliniert es die Gier der Vorstände und Aufsichtsräte, sich bisher untereinander Einkommen zuzuschieben, die es noch ihren Enkeln ersparen, jemals arbeiten zu müssen.

17. Werbung einschränken

- am 03.04.2012 um 09:14 Uhr von Dr. Gerd Eisenbeiß erstellt

Die allgegenwärtige Werbung ist ein Ärgernis und ein Wachstumstreiber, der wesentlich zur Zerstörung unseres Planeten durch ungehemmten Konsum beiträgt. Zugleich ist Werbung nicht von Information zu trennen und kann daher leider nicht generell verboten werden.

Jedoch ist ein gewisser Eingriff in Freiheitsrechte von Unternehmen und Einzelnen verfassungspolitisch gerechtfertigt durch die unabwiesbare Notwendigkeit, den Konsum an Rohstoffen und funktionalen Naturressourcen (Artenvielfalt, Regenerationsfähigkeit etc) gerade in reichen Gesellschaften im Interesse nachfolgender Generationen und nachhaltigerer Lebensweise einzuschränken.

Deshalb ist Werbung wenigstens auf praktikable Weise zu beschränken, z.B. durch Verbot und strenge Strafbewehrung bei Werbung

- für und durch Kinder (offenbar werden bestehende Regelungen nicht beachtet)
- in TV-Programmen (dass dabei Privatsender eingehen ist hinzunehmen)
- im öffentlichen Raum (insbesondere auch durch eigens errichtete Tafeln)
- mit unbewiesenen Versprechen (nicht nur Gesundheitsversprechen)
- mit „Geschenken“ (auch Kundenbindungsprogramme)
- durch Abbildung „Prominenter“, die nicht nachweislich das beworbene Gut selbst getestet haben und verwenden.

Ergänzend ist das System unabhängiger, wissenschaftlich arbeitender Testeinrichtungen, öffentlich finanziert, wesentlich auszubauen und deren Informationstätigkeit in digitalen und Druckmedien zu verstärken, insbesondere gebührenfreier Zugriff über das Internet.